

Präsident mit ihr (der Rebellengruppe des chinesischen kommunistischen Regimes) auf der Basis der Gleichberechtigung verhandelt hat. "Gleichzeitig kündigte der Ministerpräsident der Republik China eine neue diplomatische Gegenoffensive an, die dem Ziel dienen soll, den Isolierungsversuchen durch Peking entgegenzuwirken. Aus dem Gefühl der Verunsicherung heraus aber werden auch neue Schutzkonzeptionen entwickelt, etwa wenn an die Adresse Tokyos, des zweiten Geprellten im Spiel der amerikanischen Globalstrategie, die Worte gerichtet werden: "Was Japan betrifft, so belaufen sich dessen Rohstoffimporte auf täglich 900 000 t, die mit 80 Schiffen herangeführt werden. Fast alle wichtigen Handelsrouten Japans werden von Taiwan geschützt 1).

Es konnte nicht verwundern, daß die ersten Reaktionen auf die Ankündigung des Nixon-Besuches in den asiatischen Ländern allenthalben Zweifel an der Glaubwürdigkeit der USA auslösten. Allmählich beginnt sich eine

nüchternere Betrachtungsweise durchzusetzen. Auch die böswilligsten Beobachter sind inzwischen davon überzeugt, daß es den Amerikanern ernst damit ist, die unselige Indochinapolitik - Erbe der Ära John F. Kennedy - zu liquidieren. Auch das amerikanische Bemühen, aus dem militärischen Patt in Indochina einen Rückzug mit dem geringstmöglichen Gesichtsverlust anzustreben, wird in Asien begriffen.

Es waren die USA selbst, die die Dulles'sche Dominotheorie für ungültig erklärten. Ein Prozeß des Umdenkens mußte die Folge sein. Aus dem Kommuniqué von Shanghai sind geheime Absprachen nicht zu entnehmen. Eine geheime Verständigung aber ist unverkennbar. Dieses Signal wurde verstanden. Auf eine vereinfachte Formel reduziert: Die USA verlassen zugunsten Peking ihre asiatische Einflußsphäre. wb

1) Radio Taipei 14.3. ; FE 3941

## CHINAS POLITISCHE FORDERUNGEN AN JAPAN

Vom Nixon-Besuch am stärksten betroffen waren - neben den beiden Hauptakteuren - Taiwan, Japan und die UdSSR. Während jedoch die außenpolitische Situation für Taiwan und die UdSSR auf eine grundlegende Weise verändert wurde, ergab sich für Japan eher die Notwendigkeit, die bisher nur in Ansätzen sichtbare Außenpolitik in ihrer Richtung beizubehalten, sie jedoch intensiver und zielstrebtiger als bisher durchzuführen.

Der von Sato in seiner Neujahrsrede von 1969 erhobene Anspruch Japans auf eine eigenständigere Außenpolitik war bis zum Ende 1971 auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den USA noch immer nicht erfüllt worden. Als Ergebnis einer eigenen Außenpolitik kann erst der Besuch Gromykos im Januar 1972 angesehen werden, der im Herbst dieses Jahres zur Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der UdSSR und Japan führen wird 1). Der durch Nixons Asienpolitik gegebene Spielraum für Japan hat jedoch noch nicht zur Aufnahme substantieller Verhandlungen zwischen Peking und Tokyo geführt.

Für zwei außenpolitische Ziele in Asien möchte die UdSSR Japan gewinnen: das "Sicherheitssystem für Asien" und die Freihaltung der Straße von Malakka für den internationalen Schiffsverkehr 2). (Malaysia, Indonesien und Singapur beabsichtigen, durch Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 12 Meilen diese Durchfahrt für Öltanker und Kriegsschiffe zu schließen) 3). Während Japan dem "Sicherheitssystem" zwar prinzipiell zustimmt, aber trotz Drängens der UdSSR nicht bereit ist, sich positiv dafür einzusetzen, hat es großes Interesse daran, die Straße von Malakka für die Durchfahrt seiner Schiffe freizuhalten. Strittig zwischen beiden Ländern sind die Fischereirechte im nordwestlichen Pazifik und die Zugehörigkeit der nördlichen Sachalinen. Diese Probleme werden mit Sicherheit auch Gegenstand der Friedenskonferenz zwischen beiden Staaten sein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet könnte sich eine weitere Annäherung ergeben. Die Kooperation zur Entwicklung Sibiriens würde der UdSSR eine Rohstoffbasis im Pazifik bringen und den Japanern eine Möglichkeit, Rohstoffimporte

(vor allem Holz und Öl) langfristig durch den Export von Investitionsgütern zu bezahlen. Hinderlich sind hier für Japan vor allem die von den Russen geforderten langfristigen Kredite. Allein für die Pipeline von Tyumen nach Nachodka müßten die Japaner umgerechnet 3,2 Mrd. DM zur Verfügung stellen<sup>4)</sup>.

Im Gegensatz zur UdSSR stellt die VRCh politische Bedingungen an Japan, die vor Aufnahme von Verhandlungen erfüllt werden sollen. Die gravierendste davon ist die Anerkennung Taiwans als Bestandteil der VRCh. Handelspolitisch entspricht dies den in der 4-Punkte-Erklärung von Chou En-lai zum Handel mit japanischen Firmen gestellten Forderungen, nämlich nur mit solchen Firmen Handel zu treiben, welche die Rückeroberungspolitik Taiwans ablehnen, keine größeren Investitionen in Taiwan und Südkorea machen, keine Waffen für den Krieg in Indochina liefern und nicht mit US-amerikanischen Firmen kooperieren<sup>5)</sup>. Die letzte Forderung ist inzwischen in praxi aufgegeben worden. Die mit General Motors kooperierende Kraftfahrzeugfirma Isuzu ist von Peking als chinafreundliche Firma anerkannt worden<sup>6)</sup>. Noch im selben Jahr, in dem die 4 Punkte bekanntgegeben wurden, kam die Auseinandersetzung um die "Ölinsel" Senkaku als Streitobjekt zwischen Japan und der VRCh hinzu. Auch die Annäherung Japans an die UdSSR wird von der VRCh mit Argwohn betrachtet.

Die japanischen Reaktionen auf die chinesischen Forderungen sind je nach der Forderung und nach der politischen und wirtschaftlichen Ebene sehr unterschiedlich. Dabei spielt die Taiwan-Frage eine herausragende Rolle.

Die Regierung in Tokyo hielt sich bis zur Abstimmung in der UNO über die Aufnahme der VRCh an die Anerkennung der Republik China gebunden. Seither hat sich Sato verschiedentlich hierzu geäußert, am prononciertesten in einer Antwort auf eine Frage eines Abgeordneten am 28. Februar, in welcher er den Standpunkt der VRCh bezüglich Taiwans akzeptierte. Diese Äußerung wurde allerdings in der "Vereinheitlichten Regierungsmeinung zu Taiwan" wieder zurückgenommen. Die Inkonsequenz führte zu einem heftigen Angriff in der Jen-min jih-pao vom 11.3., in welchem vor allem die Behauptung der "Vereinheitlichten Regierungsmeinung", Japan habe seine territorialen Rechte über Taiwan im Friedensvertrag mit der Republik China an diese abgegeben und sei daher nicht

in der Lage, sich zum territorialen Status von Taiwan zu äußern, verurteilt wurde.

Die schwankende Haltung Satos erklärt sich aus Richtungskämpfen in der liberaldemokratischen Regierungspartei, die im Verlauf dieses Jahres immer deutlicher geworden sind. Die Rücknahme der Anerkennung des Standpunkts der VRCh bezüglich Taiwans war durch Außenminister Fukuda erzwungen worden, der in einem Interview am 5.3. die Regelung der Taiwan-Frage als Verhandlungspunkt für die diplomatische Auseinandersetzung mit der VRCh reserviert wissen wollte.

Für eine Anerkennung des Standpunkts der VRCh tritt hingegen der Handels- und Wirtschaftsminister Tanaka ein, der u.a. auch durchgesetzt hat, daß die langfristigen Kredite der japanischen Export-Import Bank für Investitionsgüterexporte in die VRCh zur Verfügung gestellt werden<sup>7)</sup>. Dagegen soll Taiwan über die bereits zugesagten Kredite dieser Bank hinaus keine weiteren mehr erhalten<sup>8)</sup>. Dies bedeutet die Annullierung des "Yoshida Letter"; eine Erklärung hierzu wurde am 4. März von Tanaka abgegeben<sup>9)</sup>. Sowohl Fukuda als auch Tanaka gelten als mögliche Bewerber um die Nachfolge Satos.

Bei den Oppositionsparteien ist die Stellungnahme gegen die Republik China sehr eindeutig und auch Industrie- und Handelsunternehmen optieren in wachsender Zahl durch Anerkennung der 4 Punkte Chou En-lais für die Volksrepublik. Diese Firmen setzen selbst so umfassende Industrieorganisationen wie z.B. Keidanren unter Druck, damit auch diese Organisationen als Ganzes für die Einschränkung des Handels mit Taiwan und Südkorea und für die Ausweitung des Handels mit der VRCh eintreten<sup>10)</sup>.

Über die Anerkennung der 4 Punkte Chou En-lais in diesem Monat durch japanische Firmen wurde in der "Übersicht" bereits berichtet. Darüber hinaus blieb ein Teil der japanischen Industrieunternehmen der diesjährigen Konferenz des "Japan - Republic of Korea Economic Cooperation Committee" fern, unter ihnen die Firmen Nippon Steel, Hitachi, Toshiba, Toyota Motors Sales, Nippon Electric, C.Itoh, Marubeni Corp., sowie die Banken von Fuji und Mitsubishi. Ein Teil der anwesenden Firmen war nur durch unsere Chargen vertreten<sup>11)</sup>, - dies in Parallele zur letztjährigen Konferenz des "Japan - Republic of Korea Economic Cooperation Committee", welcher Toyota und Nippon Steel ebenfalls ferngeblieben waren<sup>12)</sup>.

Insgesamt kann man beobachten, daß sich die Regierung, die Opposition und die Wirtschaft Japans dem Standpunkt der VRCh annähern, jedoch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Für Peking hat dies den angenehmen Nebeneffekt, daß es seine drei japanischen Gesprächspartner - Regierung, Opposition und Industrie - auseinanderdividieren kann, und so stellt es auf der einen Seite hohe politische Forderungen an die Regierung, unterstützt durch Einladungen die Opposition und betreibt mit der Industrie Japans einen de facto nur durch seine eigene Zahlungsfähigkeit begrenzten Außenhandel (mit Ausnahme von Rüstungsgütern).

Wie eng die Beziehungen zwischen der VRCh und Japan auf anderen als der Regierungsebene bereits geworden sind, sollte bei der Beurteilung der Veränderung der politischen Lage durch den Nixon-Besuch nicht vergessen werden. Die jährlich weit über hundert japanischen Delegationen in die VRCh haben ihr eigenes Schwergewicht, und auch die steigende Zahl chinesischer Wirtschaftsdelegationen, die auf Einladung der Industrie Japan bereisen, führen nicht selten zu konkreten wirtschaftlichen Ergebnissen (s. "Übersicht" Außenhandel und Tabelle "Delegationen").

Auch wenn man nicht außer Acht läßt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Japans zu Taiwan und zu Südkorea zumindest auf dem bisherigen Stand gehalten werden sollen, sind diese Delegationen unterhalb der diplomatischen Ebene ein Beweis nicht nur für das Interesse Japans an der VRCh, sondern auch für das Interesse der Volksrepublik am Außenhandel mit Japan. In nicht allzu langer Zeit wird sich dies auch auf die diplomatischen Beziehungen auswirken.

Während bezüglich der chinesischen Forderung nach Anerkennung der Zugehörigkeit Taiwans zur VRCh die Regierung von Opposition und Wirtschaft gleichermaßen in eine bestimmte Richtung gedrängt wird, bestimmen der Ministerpräsident und der Außenminister den Kurs gegenüber der UdSSR weitgehend unabhängig. Hierdurch bleibt ihrer Außenpolitik doch ein gewisser Spielraum erhalten.

Eine positive Übereinstimmung zwischen allen Kreisen Japans ergibt sich in der Frage

der staatlichen Zugehörigkeit der Insel Senkaku. Regierung und Parteien der Opposition erklärten auch im März wiederholt, daß Senkaku zu den am 15. Mai von den USA an Japan zurückzugebenden Ryukyu-Inseln gehöre. Da sowohl die Volksrepublik als auch die Republik China hier anderer Meinung sind, die Frage zudem bereits in der UNO (am 3. März in der Vollversammlung des Komitees für die friedliche Nutzung des Meeresbodens) angesprochen wurde, sind hier noch Auseinandersetzungen zwischen Japan und der VRCh zu erwarten, die möglicherweise die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten noch verzögern werden. Ob die Chinesen auf die von Nihon Keizai Shimbun empfohlene Kompromißlösung eingehen werden, die Frage der staatlichen Zugehörigkeit von der Frage der Nutzung der Ölvorräte im umliegenden Seebett zu trennen, ist mehr als fraglich.

Die ursprüngliche Reaktion Japans auf die 4 Punkte Chou En-lais war negativ. Sie wurden als Hemmnis für den gemeinsamen Außenhandel angesehen. Inzwischen haben sich die Chinesen mit ihrer Forderung durchgesetzt und die Japaner sich angepaßt. Die Anerkennung Chinas durch die UNO hat hierbei allerdings eine wichtige Rolle gespielt. Die Annäherung der USA an die VRCh erschwert den Standpunkt der Japaner in der Senkaku-Frage, da die USA eine Stellungnahme zugunsten der Japaner abgelehnt haben. Auch hier weht möglicherweise der Wind der Weltpolitik den Japanern ins Gesicht. Hingegen hat sich durch die neue Konstellation in Asien die Möglichkeit einer Annäherung an die UdSSR ergeben, welche die Japaner ausnützen können, wenn die Pro-Peking-Gruppen in Japan dies zulassen. gh

- 1) Kyodo 25.3. (SWB 3949)
- 2) u.a. Troyanovsky beim stellvertretenden Außenminister, Japan Times, 4.3.
- 3) Japan Times, 20.3.
- 4) Japan Times, 22.2.
- 5) Chung-kung yen-chiu 1970 Nr.10, S.85
- 6) Japan Times, 16.3.
- 7) Japan Times, 24.3.
- 8) Japan Times, 22.3.
- 9) Japan Times, 4.3.
- 10) Japan Times, 28.2.
- 11) Japan Times, 3.3.
- 12) Japan Times, 28.2.
- 13) Japan Times, 10.3.